

# Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach

## Haushaltsrede 2011 Ratssitzung 14.12.2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Sehr geehrte Presse

Um Ihnen unsere Entscheidung gleich vorweg zu sagen: Wir – Die Freien Wähler – werden den heute zur Abstimmung vorliegenden Haushalt nicht mit tragen!

Der von uns angestoßene Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ hat in seiner Sitzung vom 22.7.2010 als Ziel einer Konsolidierung 5 Mio. Euro festgelegt, eine höhere Reduzierung des Haushaltes schien den anwesenden Ratsmitgliedern im Hinblick auf das strukturelle Defizit als unrealistisch. Der Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten, erging an die Verwaltung. Wichtig für uns, auf den Hinweis an dieser Stelle zu verweisen: die 5 Mio. Euro zu erreichen ohne die „Stellgröße“ der kommunalen Steuern.

Was haben Sie, Herr Bürgermeister, mit den Sparvorschlägen aus Ihrer Verwaltung gemacht – ich sollte noch erwähnen – im Alleingang? Eine abgespeckte Liste mit Steuererhöhungen, um die Zielvorgabe zu erreichen! So nicht mit uns. Wir wollen den Sparwillen sehen, insbesondere, wenn er von Ihrer Verwaltung kommt.

Bleiben wir kurz bei Ihrem Sparwillen, Herr Bürgermeister. Bei Ihrem Amtsantritt – die Stadt Bergisch Gladbach befand sich bereits im Nothaushalt – sind von Ihnen Personalentscheidungen getroffen worden, die den Haushalt jährlich mit mehr als 300.000 Euro belasten. Obwohl der Nothaushalt keine Neubesetzungen erlaubt, sind Führungspositionen durch Externe besetzt worden. Auch hier

haben Sie dies im Alleingang durch gezogen. So sieht kein Wille zum Sparen in einer Demokratie aus.

Zum Thema Alleingang: Wir haben aus der Presse erfahren müssen, wie es um die Regionale 2010 bestellt ist. Halten Sie dies für eine bürgernahe Informationspolitik? Wir fordern, dass die Regionale 2010 wieder in den Rat gehört, die Beschlüsse überprüft werden und weitere Schulden von der Stadt vermieden werden. Sie haben es in der Hand, dass die Pferde nicht scheu werden. Sind nicht mit der Planung 2010 alle anderen Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsarbeiten abgearbeitet und müssen wir uns eine Stabstelle „Stadtentwicklung“ mit ca. 500.000 Euro sowie „Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ für ca. 900.000 Euro leisten? Das Ganze sieht nach ABM Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus.

Der Schuldenberg wächst, keine Aussicht das rettende Ufer eines Haushaltssicherungskonzeptes zu erreichen, um wieder selbst die Geschäfte zu erledigen, ganz zu schweigen davon, wieder selbständig zu sein. Gerade im Letzteren steckt ein Großteil des kommunalen Dilemmas: Übernahme von staatlichen Aufgaben, so genannte „Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises“. Es wäre für die Politik sehr hilfreich, bei den Haushaltsberatungen zu wissen, welche Aufgaben mit welchen Summen die Stadt übernehmen muss, über die der Rat nicht entscheiden kann. Es ist müßig an dieser Stelle auf das Konnexitätsprinzip hinzuweisen. Auf Sicht wird die kommunale Selbstverwaltung unterbunden.

Die Höhe der Gesamtverschuldung liegt bei 366 Mio. Euro, d.h. pro Einwohner 3.400 €. Ist es nicht langsam an der Zeit, ein Sparkonzept auf zu legen? Mehr als 70% der Schulden werden in den Beteiligungsgesellschaften gemacht. Wir fordern, alle diese Gesellschaften auf den Prüfstand zu legen, zusammen mit ihren Aufgaben, derentwegen sie seinerzeit geschaffen wurden.

Mit dem NKF im Kernhaushalt der Stadt können diese Gesellschaften dem Kernhaushalt wieder zugeführt werden, ihre Wirtschaftspläne kritisch hinterfragt, sowie die Gehälter ihrer Geschäftsführer eingespart werden. Können wir uns noch eine Stadtverkehrsgesellschaft oder Bädergesellschaft leisten? Gerade Letztere speist sich durch einen 40 Millionen Fond, deren Erträge unmittelbar den Schwimmbädern, den Schwimmern und den Schwimmvereinen zufließt. Ist das eine faire Behandlung den übrigen Sportvereinen gegenüber, die voll von den Kürzungen der freiwilligen Leistungen seit mehreren Jahren betroffen sind. Bringen Sie alle unsere Sportaktivitäten unter ein Dach und geben Sie allen Sportlern eine faire Chance.

Wir haben vorhin die so genannten Freiwilligen Leistungen angesprochen. Unser Landrat hat als Einziger den „Korridor der freiwilligen Leistungen“ definiert und die Höhe der Einsparungen vorgegeben und das nun im 5. Jahr. Die im Korridor enthaltenen Leistungen machen gerade mal 3% des gesamten Haushalts aus und sind ausschließlich für Kultur, Sport und Bildung vorgesehen. Andere Gemeinden in der Nachbarschaft proben den Aufstand gegen eine solch widersinnige Anordnung. Hier sind Sie als Bürgermeister gefordert, eine der tatsächlichen Notlage der Stadt helfende Lösung mit der Kommunalaufsicht herbeizuführen.

Wir werden über die Erhöhung der Gewerbesteuer abzustimmen haben, der Ertrag ist bereits in der Liste des Bürgermeisters „eingebaut“. Ich wende mich direkt an Sie, Herr Bürgermeister: Wenn Sie sich die Mühe machen, die Vorlage zum 4. Rechnungsprüfungsausschuss Punkt 12, Bericht vom 01.09.2009 „Offene Forderungen im Bereich der Gewerbesteuer“ zu lesen, dann werden Sie Ihre Verwaltungsführung infrage stellen. Zugegeben es ist vor Ihrem Amtsantritt. Die hier angeführten Forderungen belaufen sich auf über 2 Mio. Euro.

Gesprächsweise wurde eine Summe von insgesamt 5 Mio. Euro erwähnt.

Ingesamt, so ist zu hören, hat die Stadt Außenstände in Höhe von 20 Millionen Euro. Kann sich eine Stadt mit 370 Millionen Euro Schulden solch hohe Außenstände noch länger leisten? Was mich umgehauen hat, ist der Hilferuf des Rechnungsprüfungsamtes nach fehlender Dienstanweisung – siehe Seite 6 des Prüfberichtes. Wertberichtigungen sind offensichtlich in die Eröffnungsbilanz 2008 gemacht worden, aber wie hoch sind sie heute? Wie viele Millionen müssen nach heutigem Stand den Verlusten zugerechnet werden?

Und dieses Amt wollen Sie abschaffen, Einsparung 500.000 Euro – so steht es im HSK Vorschlag.

**Jeder** Steuerpflichtige soll seinen Pflichten nachkommen und es darf hier keine Sonderrechte geben.

Herr Bürgermeister; In der Vergangenheit hat nach der Kommunalreform noch kein Bürgermeister die Wiederwahl erreicht. Warum: der Bürger hat erkannt, dass seine Interessen nach der Wahl nicht mehr bekannt sind. Die Finanzen unserer Stadt sind unsere und Ihre Chance, den Bürgern durch sachliche Arbeit zu zeigen, die Finanzen der Stadt zu sanieren, nicht mit höheren Abgaben und Steuern.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit

Es gilt das gesprochene Wort